

+ Hamburger Bundestagsabgeordnete  
+ Mitglieder Ausschuss für Umwelt & Energie

**Landesbezirk  
Hamburg**

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg

Telefon:

040 2858-4020

Fax: 01805 837343-21302\*

fb02.hh@verdi.de

www.verdi.de

Datum

23. März 2017

## **Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG)**

### **hier: Vermiedene Netznutzungsentgelte für KWK-Anlagen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung hat am 25. Januar 2017 den Entwurf für ein Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG) beschlossen und wird ihn in Kürze dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorlegen. Wesentlicher Bestandteil des Gesetzes soll eine Neuregelung der Bestimmung der sogenannten vermiedenen Netznutzungsentgelte (VNNE) sein. Diese werden bislang für dezentrale Stromerzeugungs-Anlagen dafür gewährt, dass durch Einspeisung und Verbrauch in den Verteilernetzen vorgelagerte Netz- oder Umspannebenen entlastet werden und Netzausbaubedarf eingespart wird. Die VNNE sollen durch den Gesetzentwurf nicht nur für volatil einspeisende Erneuerbaren-Anlagen, sondern auch für stetig und verbrauchsnahe einspeisende Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) schrittweise abgeschafft werden.

### **Wir wenden uns in großer Sorge an Sie, weil dieser Gesetzentwurf die Wirtschaftlichkeit von KWK-Anlagen gefährden dürfte und damit Arbeitsplätze in Frage stellen kann.**

Auch wir sind der Meinung, dass die vermiedenen Netznutzungsentgelte die Entlastung des vorgelagerten Netzes angemessen reflektieren sollten. Es ist daher sachgerecht, diese auch nur für solche Erzeugungseinheiten zu gewähren, die aus Sicht des Netzbetreibers steuerbar einspeisen und insbesondere zu den Höchstverbrauchszeiten (i.d.R. abends im Winter) zuverlässig zur Verfügung stehen. Es ist mithin richtig, wie im Gesetzentwurf auch vorgesehen, VNNE für volatile Wind- und PV-Einspeisungen entfallen zu lassen, um dem ursprünglichen Sinn der VNNE besser zu entsprechen. Im Gegensatz zu den volatil einspeisenden EEG-Anlagen werden KWK-Anlagen aber last- und verbrauchsnahe installiert. Die Auszahlung von VNNE ist hier somit weiterhin gerechtfertigt.

Die zur Begründung der Regelungen des Gesetzentwurfes vertretene Position, dass der Strom aus KWK-Anlagen zunehmend nicht mehr vor Ort verbraucht wird, sondern über vorgelagerte Spannungsebenen bundesweit verteilt wird und damit keine netzstabilisierende Wirkung mehr hat, ist nicht nachvollziehbar und geht völlig an der Realität vorbei.

Ferner können wir auch die von der Bundesregierung vertretene Position, große KWK-

Anlagen würden bewusst in untere Spannungsebenen unterhalb von 110 kV angeschlossen werden, um die VNNE zu maximieren, nicht nachvollziehen. Rein technisch ist ein derartiger Anschluss allenfalls für Kleinanlagen vorstellbar und in diesem Fall auch gerechtfertigt. Für die überwiegende Anzahl von dezentralen Erzeugern ist dies netztechnisch nicht umsetzbar, da die örtlichen Verteilnetze dafür nicht ausgelegt sind.

**Gegen die im Gesetzentwurf vorgesehene vollständige Streichung der VNNE für KWK (mit sofortiger Wirkung für Neuanlagen, schrittweise für Altanlagen) setzen wir uns deshalb entschieden zur Wehr.** Die Streichung kann so weit führen, dass die Wirtschaftlichkeit vieler KWK-Anlagen gefährdet wird und damit Arbeitsplätze bedroht werden. Die Abschaffung der VNNE kann sich bei den einzelnen Erzeugungsanlagen in größeren Städten im jährlichen Ergebnis des Versorgungsunternehmens mit einem zweistelligen Millionenbetrag bemerkbar machen. Bei solchen Größenordnungen könnten die Unternehmen sogar über den Ausstieg aus der KWK nachdenken. Ein Ausstieg aus der KWK würde in den Ballungsräumen, in denen die KWK ihre Schwerpunkte hat, die Erreichung der Klimaschutzziele gefährden, zudem zu einem Anstieg der Stromnetzkosten führen. Denn die Alternativen zur Fernwärme aus KWK, Heizkessel oder Wärme aus Strom, haben eine schlechtere CO<sub>2</sub>-Emissionsbilanz bzw. sie erfordern einen massiven Ausbau der städtischen Stromnetze. Die daraus resultierenden Kosten für das Stromnetz wären höher als die Kosten aus VNNE.

Wir wären indessen mit einem „Einfrieren“ der VNNE einverstanden, allerdings nicht, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, auf das Jahr 2015, sondern auf die aktuellen Werte des Jahres 2016. Alternativ könnten die VNNE auf der Basis eines gleitenden 3-Jahresdurchschnitts (2015 – 2017) berechnet werden, um den Einmaleffekt zu dämpfen. Das im Gesetzentwurf in Artikel 1 (Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes) § 120 Absätze 1-6 sowie Artikel 3 „Änderung der Stromnetzentgeltverordnung“, insbesondere auch Anlage 4a zu § 18 Absatz 2) vorgesehene Einfrieren der Berechnungsgrundlage sollte daher abgeändert werden. Anders als im Gesetzentwurf vorgesehen, schlagen wir entsprechend vor, das Stichjahr auf 2016 zu aktualisieren oder die Festlegung eines einzigen Stichjahres durch einen gleitenden 3-Jahres-Durchschnitt zu ersetzen.

Dies führt zu einem ersten Änderungsvorschlag:

In den Paragraphen Artikel 1 § 120 Absätze 1-6 sowie Artikel 3 Anlage 4a zu § 18 Absatz 2 sollte jeweils die Jahresangabe 2015 durch 2016 (oder alternativ die Formulierung: „den gleitenden 3-Jahres-Durchschnitt bestehend aus dem aktuellen Geschäftsjahr und den letzten beiden abgeschlossenen Geschäftsjahren“) ersetzt werden.

Eine sachgerechte Neuregelung der Gewährung von VNNE sollte aus unserer Sicht weiterhin folgenden Prinzipien genügen:

- Abschaffung der VNNE nur für die volatile EE-Erzeugung (PV und Wind, Neu und Bestand), in den im Gesetzentwurf vorgesehenen Schritten
- Dauerhafte Beibehaltung der VNNE für KWK (Neu und Bestand)
- **Deckelung** der Vergütungssätze/Abrechnung durch den Wert des aktuellen Stichjahres 2016 oder alternativ den gleitenden 3-Jahres-Durchschnitt bestehend aus dem aktuellen Geschäftsjahr und den letzten beiden abgeschlossenen Geschäftsjahren, jeweils ohne Herausnahme von Kostenbestandteilen (Offshore-Anbindungskosten, Erdverkabelung).

In Folge machen wir weitere Änderungsvorschläge zu Artikel 3, die dem § 18 Stromnetz-entgeltverordnung zukünftig folgende Fassung geben würden (Änderungen ggü. dem derzeit geltenden Verordnung *kursiv*):

#### § 18 Entgelt für dezentrale Einspeisung

(1) Betreiber von dezentralen Erzeugungsanlagen erhalten vom Betreiber des Elektrizitätsverteilernetzes, in dessen Netz sie einspeisen, ein Entgelt. Dieses Entgelt entspricht den gegenüber den vorgelagerten Netz- oder Umspannebenen durch die jeweilige Einspeisung vermiedenen Netzentgelten des Jahres 2016 (oder alternativ: gleitenden Durchschnitts aus dem aktuellen Geschäftsjahr und den letzten beiden abgeschlossenen Geschäftsjahren) (Preisblätter, siehe Anlage). Das Entgelt nach Satz 1 wird nicht gewährt, wenn die Stromeinspeisung

1. nach § 19 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gefördert wird oder
2. nach § 4 Abs. 3 Satz 1 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes vergütet wird und in dieser Vergütung vermiedene Netzentgelte enthalten sind oder
3. aus Photovoltaik- oder Windkraftanlagen erfolgt.

Wir würden uns freuen, wenn es Ihnen möglich wäre, unsere Vorschläge in das anliegende Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag einzubringen. Für ein vertiefendes Gespräch zum Thema stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ole Borgard  
ver.di Hamburg,  
Fachbereichsleiter

Thies Hansen  
Gesamtbetriebsratsvorsitzender HanseWerk AG  
Betriebsratsvorsitzender Hamburg Netz GmbH